

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 40

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ten 12 420 Verwaltungsakte. Und das Ergebnis war:

«Jeder zwanzigste Entscheid, welcher von den Wojewodschafts-Staatsanwaltschaften geprüft wurde, war gesetzeswidrig. (Landesdurchschnitt). In der Rzeszöwer Wojewodschaft erwiesen sich aber jeder 11. Entscheid, in der Kielceer sogar jeder 10. Entscheid als gesetzeswidrig. Höchstwahrscheinlich hat es auch unter den übrigen, nichtgeprüften Beschlüssen und Entscheidungen genau so viele gesetzeswidrige.»

Die Tatsache, dass ein so grosser Prozentsatz der Verwaltungsakte gesetzeswidrig ist, lässt sich dadurch erklären, dass der Ratsapparat meist aus ungebildeten Parteielementen besteht. Im Kreis-Ratsapparat von Polen haben nur 7,4 Prozent der Angestellten Hochschul-, 39,2 Prozent eine Mittelschul-, und 52,2 Prozent eine 6- bis 7-jährige Grundschulbildung. 1,2 Prozent haben nicht einmal dies. Das Niveau des Ratsapparates der Kleinstädte und der Dörfer ist noch um einige Grade schlechter. Die Folge davon ist, dass es zwar in der lokalen Staatsverwaltung (Wojewodschaft, Stadt, Kreis und Gemeinde) 111 000 Angestellte gibt, eine riesenhafte Armee von Verwaltungsleuten, deren Entscheide und Lösungen in den einzelnen Fragen, in vielen Fällen gesetzes- und teilweise verfassungswidrig sind.

Der Bürger der kommunistischen Staaten ist der Willkür und Ignoranz eines Apparates ausgeliefert, gegen den er keine Aussicht hat, zu seinem Recht zu kommen. Mit der Verwirklichung des neuen Parteiprogrammes (in jenen nicht utopischen Teilen, welche die Machthaber auch tatsächlich verwirklichen wollen) wird er dazu noch einer erhöhten Willkür der Gesellschaftsorgane ausgesetzt sein.

Wirtschaft

UdSSR Ölgewinnung

Chruschtschew wird auf dem anlaufenden Parteikongress von vielen wirtschaftlichen Triumphen der Sowjetunion berichten. In Bezug auf die Erdölgewinnung wird er dabei nicht zu lügen brauchen.

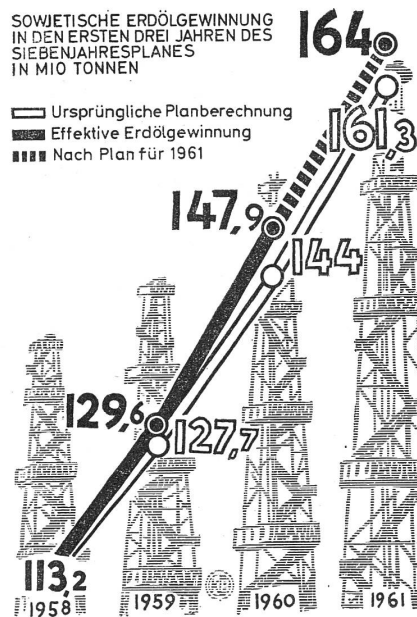
Die sowjetische Erdölgewinnung und Erdölausfuhr nimmt in der Wirtschaftsoffensive des Ostblocks eine zentrale Stellung ein. Der Aufschwung ist dabei noch in seinen Anfängen und hat grösste potentielle Möglichkeiten.

Unsere Zeichnung (allerdings in einer weniger guten Ausführung) erschien diesen Sommer in Hinsicht auf den Oktober-Kongress in der Gewerkschaftszeitung «Trud». Deutlich ersichtlich ist die Ueberfüllung der schon sehr steil angesetzten Planziele für die ersten drei Jahre des Siebenjahresplanes. «Ein wunderbares Geschenk der Arbeiter an den 22. Parteikongress», nannte die Zeitung diese eindrucksvollen Produktionszahlen.

Die Forcierung der Oelförderung hat in erster Linie ihre politischen Gründe. Durch eine bis 1965 mögliche regelrechte Oelschwemme (die ursprünglich projektierten 240 Millionen Tonnen Jahresproduktion werden vermutlich noch wesentlich übertroffen) soll nicht nur den Angeboten des freien Marktes mit Dumping Konkurrenz erwachsen (etwa in Indien schon jetzt der Fall), sondern auch der Westen in eine produktionstechnische Abhängigkeit vom

SOWJETISCHE ERDÖLGewinnung
IN DEN ERSTEN DREI JAHREN DES
SIEBENJAHRESPLANES
IN MIO TONNEN

— Ursprüngliche Planberechnung
— Effektive Erdölgewinnung
■ ■ ■ Nach Plan für 1961



Ostblock gebracht werden. Das stark schwefelhaltige sowjetische Oel verlangt nämlich Raffinerien, die sich ausschliesslich zu seiner Verarbeitung eignen.

Vorangetrieben wird (nicht zuletzt dank westlicher Rohrlieferungen) auch der Ausbau des Pipelinesetzes, dessen Möglichkeiten sich ja auch in unsern Breitengraden bemerkbar machen.

Besonders günstig aber ist die Lage der Sowjetunion hinsichtlich ihrer Reserven. Immer neue Felder werden entdeckt, so in den Gebieten der Tatarischen und Baschkirischen SSR, entlang der Wolga und der Kama. Insbesondere aber haben sich während der Bohrungen dieses Jahres die Vermutungen der Geologen über reiche Erdölvorkommen in Sibirien vollauf bestätigt. Aber auch in der Ukraine (unser «SSR der Woche») konnten im Laufe des Jahres grössere Vorräte entdeckt werden, u. a. verschiedentlich im Gebiet von Tschernigow (siehe Karte) und nördlich von Kiew, ferner im Westen der Republik, wo mehrere reiche Vorkommen hohe Produktionszahlen erwarten lassen.

Auch Bohrungen in Aserbeidschan und andern Gebieten um das Kaspische Meer erwiesen sich in den letzten Monaten als erfolgreich. Soweit es um Rohstoffquellen geht, steht also dem Gelingen der kommenden sowjetischen Oeloffensive nichts im Weg. Soweit Transport- und Exportmöglichkeiten in Frage stehen, braucht die UdSSR zum Teil wenigstens westliche Hilfe. Der freie Markt ist eingeladen, sich selbst zu fesseln.

Bei der Stadt Stawropolj (etwas nordwestlich von Kubischew, an der Wolga), auf dem Gebiet «Russikj Chutor», wurden neue Oelvorkommen entdeckt.

Moskau meldet ein Anwachsen des sowjetischen Touristenverkehrs um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Erstmals werden dieses Jahr in Gruppenreisen Australien und Neuseeland besucht, so dass die Touristik «alle fünf Erdteile umfasst». Allerdings gelten die vermehrten Auslandsfahrten vor allem den «sozialistischen Ländern», wobei eine ganze Reihe neuer Programme organisiert wurde.

Landwirtschaft

«Graphische Darstellung statt Gemüse»

So betitelte die «Iswestija» vor kurzem einen Artikel über den Gegensatz zwischen dem reichen Angebot auf dem «Grünen Markt» (der freie Kolchosmarkt — siehe Untersuchung, KB Nr. 13 und Memo, KB Nr. 26) und den schlecht versorgten staatlichen Konsumgenossenschaften in Alma Ata. Der Streifzug durch die Versorgungslage in Kasachstan wurde vom Hauptkontrolleur der Kommission für Goskontrol beim Ministerrat der Kasachischen SSR, W. Bani, vom Chef der Gemüsesammelstelle und vom eigenen «Iswestija»-Korrespondenten durchgeführt, die auch einen gemeinsamen Bericht verfasst haben. Ueber den Grund seines mageren Abschneidens im Vergleich zu den «Privaten» führte der Leiter des staatlichen Trusts für Früchte- und Gemüsehandel aus, es fehle an der Zulieferung von den spezialisierten Sowchosen. Anstatt der auf der graphischen Darstellung vorgemerkten 10 Tonnen habe der Trust nur 5,9 Tonnen bekommen. «Auf dem Papier sieht alles glänzend aus, die Zulieferungen sind bis auf den Tag genau eingetragen und in Wirklichkeit? Die ersten 10 Tage des Septembers sind vergangen und die graphische Darstellung stimmt nicht mehr. Die Kunden verlangen Tomaten und man führt Kohl zu. Es fehlt an Rüben, Zwiebeln, Zucchettis, in den Sowchosen und Kolchosen ist man mit der Tomatenernte im Rückstand. Eine grosse Menge von Tomaten droht zu verderben. Die Gemüse werden dem Trust stets unsortiert geliefert. Die Tomaten wurden auf einigen Lastwagen geliefert, alle unsortiert, um diese Ausschussware doch noch abzusetzen kam gleich auch eine Delegation mit. Aber dieser Trust nahm die Ware nicht an und liess den Ausschuss auf Kosten des Sowchos aussortieren. Was sagt der Sowchos und der Kolchos dazu? Es fehle an Arbeitskräften und an Lieferungsautos. Wie es mit der Lagerung von Gemüsen für den Winter steht? Sehr schlecht, denn es sind nur Silos für 3500 Tonnen erstellt worden.»

Die Verfasser kommen zum Schluss, dass falls nicht Sofortmassnahmen ergriffen würden, werde die Stadt ohne Gemüse für den Winter bleiben.

Terror

Ungarn

Kinder zur Hetzjagd

Ungarn ist nebst der SBZ selbst der Satellitenstaat, in dem sich der Terror nach dem 13. August am stärksten bemerkbar macht. Laut Berichten der spärlichen Flüchtlinge, die noch nach Oesterreich entkommen konnten, ist die sowjetische Besatzung innerhalb der letzten sechs Wochen auf den dreifachen Bestand erhöht worden. Der Druck auf die Bevölkerung hat erheblich zugenommen, die Todesstreifen an den Grenzen werden erweitert und die Kontrolle verschärft. Welche Ver zweiflung unter der Bevölkerung herrscht, lässt sich aus dem Bericht eines entflohenen Ungarns erkennen: «Meine Landsleute hoffen nur noch auf eines, auf den

Krieg.» (Diese Einstellung ist leider charakteristisch; sie gründet sich auf die westliche Tatenlosigkeit im Kalten Frieden, den wir als die eigentliche Kriegsdomäne erkennen müssen.)

Um so grauenhafter mutet unter diesen Umständen der Zynismus an, mit der die ungarische Presse über erfolgreiche Treibjagden nach Flüchtlingen berichtet. In der «Nepszava» wurde im Ton einer Humoreske geschildert, wie ein junges Mädchen und ihr kleiner Bruder in der Nähe der Grenze zwei Verdächtige bemerkten und beim Kommandanten einer Grenzpatrouille denunzierten. Der Leser soll sich dann an den Ausreden der beiden so Erwischten ergötzen, die erklärten, sich auf Arbeitssuche befunden zu haben. «Im Grenzgebiet nach Arbeit suchen?», fragt die Zeitung rhetorisch. «Da musste sogar der kleine Bub lachen» (den man offenbar als Lohn für seine Angeberei und als Aufmunterung dem Verhör der Unglücklichen beiwohnen liess).

Der ätzende Hohn auf die Hilflosen kann nicht über die Beunruhigung des Regimes hinwegtäuschen. Neben den Sowjets sind auch die eigenen Truppen zur Überwachung der Bevölkerung aufgebunden und zur Überwachung der eigenen Truppe die bewaffneten Partei-Einheiten der «Arbeiterwache». Diese zu Beginn des Jahres 1957 nach der Volkserhebung errichtete Terrortruppe sieht man heute wieder im Einsatz, und zwar in einem Ausmass, der an jene Tage erinnert.

Am «Tag der Landwehr» (29. September) wurden in Budapest demonstrative Feierlichkeiten der Militär-, Polizei- und Parteimacht begangen. Organisatoren waren nebst dem Verteidigungsministerium das Innenministerium (Sicherheitsdienst) und die nationale Kommandantur der oben erwähnten Arbeiterwache. Redner war Verteidigungsminister Lajos Czinege (Generalleutnant und Ersatzmitglied im Politbüro) der über den Frieden sprach: «Unsere Partei, welche alle unsere Streitkräfte anführt und lenkt, erwartet, dass die in den Streitkräften tätigen Kommunisten und der ganze Bestand zu Vorkämpfern der Ausbildung, der Disziplin und der Erhöhung der Kampfbereitschaft werden» («Nepszava»).

Justiz

SBZ

«Rechts-Entwicklung»

Was man für eine vorübergehende Terrormassnahme gehalten hatte, wird im sowjetzonalen Strafrecht seine grundsätzliche Bestätigung als Normalfall finden.

Die Verordnung der Sowjetzonen-Regierung vom 24. August 1961, wonach durch Gerichtsbeschluss praktisch für jeden Bürger «Arbeitserziehung mit Aufenthaltsbeschränkung» angeordnet werden kann, ist nach einer Erklärung von Justizminister Dr. Hilde Benjamin (SED) «nicht nur unter dem Gesichtspunkt des gegenwärtigen Schutzes der DDR zu sehen». Sie stelle vielmehr eine «Weiterentwicklung des sozialistischen Rechts» dar.

Wie aus den Entwürfen des in der Sowjetzone seit langem vorbereiteten neuen Strafgesetzbuches hervorgeht, ist die Beschränkung des Aufenthaltes in dem neuen Strafgesetzbuch enthalten. Das bedeutet, dass die «Arbeitserziehung mit Aufent-

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Geschichte: Nach der Unabhängigkeits-erkennung durch den Volkskommissariatsrat von Sowjetrussland am 16. Dezember 1917 wurde die Ukraine vom allukrainischen Sowjetkongress in Charkow am 24. Dezember 1917 zur Sowjetrepublik als «föderativer Teil» von Sowjetrussland proklamiert.

Die Vereinigung mit der RSFSR erfolgte in vier Etappen: lockere Zusammenarbeit, Kriegsbündnis (1. Juli 1919), diplomatische Vereinigung (RSFSR vertritt die übrigen Republiken — 22. Februar 1922) und politisch-wirtschaftliche Vereinigung (29. Dezember 1922). Die Vereinigung wurde auf Parteilinie ausgearbeitet: die ersten zwei Kongresse der KPU wurden 1918 in Moskau (!) abgehalten.

Verfassungen: 10. März 1919, 10. Mai 1925 und (jetzt gültig) 30. Januar 1937.

Die Souveränität der Unionsrepubliken (und damit der Ukraine) wurde durch das Unionsgesetz vom 1. Februar 1944 anerkannt. Gewährleistung des Rechtes auf Aufstellung eigener militärischer Formationen auf ein besonderes Aussenministerium.

Die Ukraine ist wie Weissrussland «selbständiges» Uno-Mitglied.

Politische Grundlage: Verfassungsmässig die Sowjets, praktisch die Partei.

Staatsoberhaupt: Das Präsidium des Obersten Sowjets, resp. der Präsidiumsvorsitzende. Fläche: 601 000 Quadratkilometer (zum Teil

Kriegsgewinn aus tschechoslowakischen und polnischen Gebieten). Gliederung in 26 Gebiete.

Städte: Hauptstadt Kiew mit 1,1 Millionen Einwohnern, insgesamt 303 Städte.

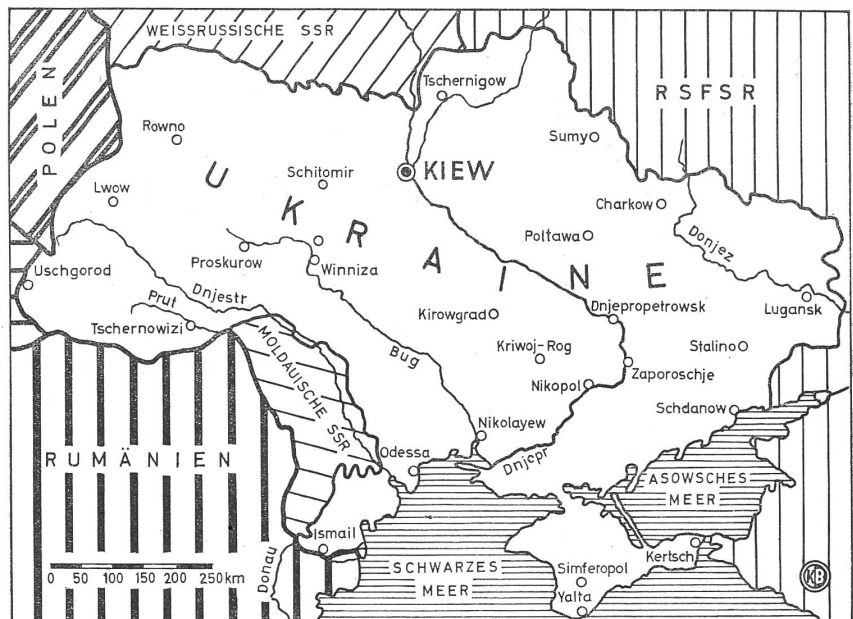
Einwohner: 41 893 000 (Volkszählung 1959).

Bevölkerung: Ukrainer 31 852 000 (76 Prozent, Russen 7,4 Millionen (17,7 Prozent), Juden 840 000 (2 Prozent), Polen 363 000 (0,9 Prozent) usw.

Städtische Bevölkerung 19,1 Millionen, Landbevölkerung 22,7 Millionen (46 und 54 Prozent).

Wirtschaftlich nach der RSFSR die entwickeltste Republik der Sowjetunion. Die Schwerindustrie spielte und spielt als Kohlen und Hüttenbasis der UdSSR eine eminent wichtige Rolle bei der Industrialisierung der fernöstlichen Gebiete. Die Ukraine stellt rund die Hälfte der sowjetischen Roheisen- und Eisenerzproduktion und ein Drittel der Stahl- und Kohle-Erzeugung. Grosse Vorräte an Bodenschätzen. Daneben sind auch die sekundären Industriezweige stark entwickelt (wichtig Metallurgie und Chemie).

Die total kollektivierte Landwirtschaft erlitt in den letzten beiden Jahren Rückschläge, die diesjährige Ernte fällt besser aus. Grosser Kornproduzent. Die Landwirtschaftspolitik Chruschtschews förderte (namentlich in den letzten Jahren) besonders die Anpflanzung von Winterweizen, Mais und Flachs.



haltsbeschränkung» nicht nur zeitweilig jeden Bürger der Sowjetunion bedroht. Die Verordnung vom 24. August ist lediglich die Vorwegnahme einer Massnahme, die mit der Einführung des neuen Strafgesetzbuches kodifiziertes Recht wird.

Im übrigen fordert die Justizministerin in einem kürzlichen Artikel von «Staat und Recht» (Organ der «Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften» in Potsdam-Babelsberg) härtere Strafen für Staatsfeinde. Sie vertritt die Ansicht, dass

«die Gerichtspraxis, im besonderen der Kreisgerichte», noch sehr oft eine falsche Reaktion auf den «Beschluss des Staatesrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege» vom 30. Januar 1961 erkennen lasse. Hilde Benjamin sieht die «missverständliche» Reaktion im Ausspruch bedingter Verurteilungen oder eines öffentlichen Tadel, womit man, wie sie erklärt, den neuen Anforderungen, die an die Sowjetzonen-Justizorgane gestellt sind, «nicht gewachsen sein» könne.

«Es kommt jetzt darauf an», ermahnt sie, die ihr unterstellten Gerichtsorgane, «die Gefährlichkeit der in der gegenwärtigen Situation begangenen Verbrechen, die dem Abschluss eines Friedensvertrages entgegenwirken, richtig einzuschätzen.» Es sei «nicht richtig», wenn Gerichte diese «Verbrechen» mit Freiheitsstrafen häufig unter sechs Monaten bestrafen. Hilde Benjamin verlangt: «Jetzt auftretende Verbrechen wie Hetze, Staatsverleumdung, Spekulation, Rowdytum, Widerstand gegen die Staatsgewalt und die noch immer auftretenden Versuche des Menschenhandels (d. h. Fluchtversuche) verlangen, insbesondere wenn sie von Provokateuren, Arbeitsbummelanten, ehemaligen Grenzgängern, Schiefern und Vorbestraften begangen werden, dass sie mit Freiheitsstrafen bestraft werden, die auch eine nachhaltige Erziehungswirkung sichern.» Alle Richter der Sowjetzonen-Kreis- und Bezirksgerichte werden ermahnt, «nicht der Fehleinschätzung zu verfallen, dass nach dem 13. August genügend Schutzmassnahmen bestehen». Die Richter sollen «im Gegenteil grosse Aufmerksamkeit allen neuen Formen und Methoden des Kalten Krieges widmen». Allen Angehörigen der Straforgane müsse nach dem 13. August klar sein, «dass alle verbrecherischen Erscheinungen feindlicher Wühltätigkeit, die dem Abschluss eines Friedensvertrages entgegenwirken sollen, eine erhöhte Gesellschaftsgefährlichkeit haben».

Die resignierte ostdeutsche Bevölkerung kann ihren passiven Widerstand nur noch im Krankwerden äussern.

Der ostdeutsche Landwirtschaftsminister Reichelt beklagte, dass ärztliche Atteste über die Unfähigkeit, in der Landwirtschaft zu arbeiten, zahlreich geworden seien wie der Sand am Meer. «Das ist in zunehmendem Masse vor allem nach den Schutzmassnahmen der Regierung am 13. August festzustellen», erklärte er. «Seit diesem Tage wächst der Krankenstand rapide an, bis Mitte September um über vier Prozent gegenüber dem Juli.»

Helmut Gollwitzer und Karl Barth haben gegen die SBZ-Willkür Stellung bezogen. Sie unterzeichneten mit andern kirchlichen Persönlichkeiten eine Vertrauenserklärung an Präses Scharf, dem Vorsitzenden des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, dem als «Kriegshetzer» der weitere Wohnsitz in Ostberlin untersagt wurde.

Wirtschaft

Österreich

Sowjetische Aktienkäufe

Die vor kurzem veröffentlichte Bilanz («Wiener Zeitung», 28. September 1961) der in Wien eingetragenen sowjetischen Versicherungs-AG «Garant» für das Jahr 1960 — die vor allem das Transportrisiko versichert — verursachte in den einheimischen Wirtschaftskreisen ein ziemlich unerwartetes Aufsehen. Im Punkt 5 der Bilanz werden nämlich für «Erträge aus Vermögensanlagen» 567 182.95 österreichische Schilling (öS) angegeben, was soviel bedeutet, dass bei der allgemein üblichen siebenprozentigen Verzinsung, die sowjetische Gesellschaft Veranlagungen von wenigstens 8,1 Millionen öS hätte vorneh-

men müssen. Dagegen werden aber Wertpapiere nur für 12 800 öS ausgewiesen, ein Posten, aus dem sich so hohe Zinsen nicht erwirtschaften lassen. Auch andere angeführte Vermögensbestände wie Grundstücke im Wert von 1,9 Millionen öS, oder sonstige Aktiva im Wert von 507 000 öS können die oben genannte halbe Million öS Zinsen nicht abwerfen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung von Punkt 6 sind unter dem Titel «Kursgewinne» 154 395.95 öS angeführt. Da sich das Kursniveau der Aktien in Oesterreich im letzten Jahr um 35 Prozent erhöhte, müsste der Bestand an Wertpapieren der sowjetischen Gesellschaft Ende 1959 rund 441 000 öS ausgemacht haben, um den ausgewiesenen Kursgewinn zu rechtfertigen. Dagegen hat die «Garant», wie bereits oben erwähnt, nur für 12 800 öS Wertpapiere in ihre Bilanz aufgenommen.

Da aber zur gleichen Zeit der Posten «Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen» mit 43,2 Mio öS vertreten ist, wird in österreichischen Wirtschaftskreisen mit grösster Besorgnis darauf hingewiesen, dass die Sowjets scheinbar bestrebt sind, heimlich österreichische Aktien anzukaufen, was man mit der oben geschilderten Bilanzmanipulation zu verheimlichen trachtet.

Partei

Jugoslawien

Memo an den KP-Kongress

Zuhanden der Delegierten am sowjetischen Parteikongress hat Jugoslawien einige unmissverständliche Bemerkungen angebracht: «Wir möchten den Verfassern des Parteiprogrammes folgenden Rat geben: Es wäre besser, wenn sie mit der Untersuchung der internen Probleme in den Ländern des eigenen Lagers beginnen würden (statt sich in jugoslawische Angelegenheiten zu mischen). Einige davon haben sogar dem Weltsozialismus im allgemeinen geschadet.»

Im gleichen, wenn nicht noch schärferen Ton ist der ganze Artikel der Parteizeitung «Kommunist» gehalten, der in einem langen Kommentar zum Programmwurf der KPdSU die Sowjetunion der «brutalen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens» beschuldigt. Vor allem wird der Versuch gebremst, «das jugoslawische Volk von seinen Führern zu trennen. Es handelt sich eindeutig um eine Kritik, die an Schärfe alles in den Schatten stellt, was seit langem in der jugoslawischen Presse zu lesen war. Sie erfolgte eine Woche nach heftigen Angriffen Radio Moskaus auf die «revisionistische Führung» in Belgrad und insbesondere auf den jugoslawischen Aussenminister Koca Popovic.

«Kommunist» bemerkt, dass die jugoslawienfeindlichen Teile des Programmwurfes vielen gegen Jugoslawien gerichteten Streitschriften, Büchern und Reden als Quelle gedient hätten. Diese Thesen stimmten «in Sprache und Inhalt» mit Stalins Ansichten über Jugoslawien und der Kominformresolution von 1948, durch die Jugoslawien von dieser Organisation ausgeschlossen wurde, voll überein. «Diese Angelegenheit hat mit einem ideologischen Kampf oder einer Diskussion nicht das geringste gemeinsam, sondern bildet die

Bildung

Polen

Kein Interesse

In Polen fehlen für den Jugendunterricht die Lehrer und für den Erwachsenenunterricht die Schüler.

Die Warschauer «Głos Pracy» veröffentlichte einen Bericht über den Misserfolg der Warschauer Schulen für Erwachsene. Hauptsächliche Feststellungen: Es fehlt an Interesse sowohl seitens der Betriebe, als auch der Arbeiter. Es gibt viele Betriebe, welche sich weigern, die Arbeiter zur Weiterbildung zu mobilisieren.

Die Plätze in den Warschauer Siebenjahresschulen für Erwachsene wurden erheblich erweitert, es gibt aber wenig Arbeiter, die sich zur Weiterbildung gemeldet haben. Die Bänke stehen oft leer. Ausnahme bilden nur die Mittelschulen für Erwachsene. In diesen Schulen haben zirka 7000 Warschauer Werk tätige ihre Studien begonnen.

In vielen Siebenjahresschulen für Erwachsene hat man das Schuljahr, infolge des Mangels an Schülern, entweder nicht eröffnet, oder die Schüler besuchen unregelmässig die Schule.

Im «normalen» Schulsektor steigt die Zahl der Zöglinge weiter an und lässt die beiden schweren Probleme von Lehrer- und Raum mangel immer dringlicher werden. Allerdings scheint die Regierung mit ihrem Bildungs- und Bauprogramm zu erhöhten Anstrengungen gewillt zu sein. Doch gehen auch zunehmend durch die Partei-Erziehung dem ordentlichen Unterricht Zeit und Kräfte verloren.

Der Unterrichtsminister hat den Plan für die Entwicklung des Unterrichtswesens in den Jahren 1962/1963 ausgearbeitet. Im Schuljahr 1962/1963 sollen die Grundschulen zirka 5 163 000 Kinder, d. h. um 150 000 mehr, als im Schuljahr 1961/1962 erfassen. Seit zwei Jahren steigt die Anzahl der Absolventen der 7. Klassen an. Die allgemeinbildenden Mittelschulen sollen zirka 107 000 Jugendliche besuchen, in den Techniken werden zirka 300 000 Schüler unterrichtet.

brutalste Einmischung in innere Angelegenheiten Jugoslawiens und einen heimtückischen Versuch, diese Praktiken mittels Sozialismus und ‚wahren‘ Marxismus zu legalisieren.»

«Komunist» bemängelte auch, dass Jugoslawien in jenen Teilen, die sich mit der sozialistischen Welt befassen, nicht erwähnt wurde. Diese Lücke im sowjetischen Programmwurf nannte die Wochenschrift «die bereits berüchtigte Verschwörung des Schweigens».

Unter dem Deckmantel einer angeblichen Gefahr für den Sozialismus durch die jugoslawischen Führer werde ein «wirklicher Kreuzzug» gegen die in Jugoslawien sich entwickelnden Formen sozialistischer Beziehungen geführt. In dem Programmwurf werde lediglich zugegeben, dass Jugoslawien sich auf dem Weg zum Sozialismus befinde. Man habe es vermieden, klar festzulegen, ob Jugoslawien diesen Weg weiter verfolgt, ob es abgewichen ist oder ob es ihn aufgegeben hat. Diesen «Spielraum» habe man sich eindeutig aus ganz bestimmten Gründen offen gelassen, fügte die Belgrader Wochenschrift hinzu.

Die Berliner Kinder Aktion

Willy Brandt dankt

(DPA) Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, dankte in einer Radioansprache den Schweizer Familien, die Berliner Kinder zu einem Ferienaufenthalt einluden. Er sagte: «350 Berliner Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren sind vor einer Woche zusammen mit 150 Kindern (acht bis vierzehn Jahre) aus westdeutschen Flüchtlingslagern in die Schweiz gefahren. Für vier Wochen sind sie Gäste von Schweizer Familien, die sie eingeladen haben, um damit die Solidarität von Schweizer Bürgern mit Westberlin zu bekunden. Ich möchte allen diesen Schweizer Familien herzlich danken. Mit Freude habe ich vernommen, dass eine weitere derartige Aktion bereits vorbereitet wird.»

(Die nächste Gruppe von Kindern wird im Rahmen der Aktion vom Schweizerischen Ost-Institut und vom Landesverband freier Schweizer Arbeiter zu Beginn des nächsten Jahres in unserem Land eintreffen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Kindern sind allgemein günstig.)

BRIEFE

Solange als immer noch

Es tut mir leid, dass ich Ihnen die mir übersandten Broschüren (einer SOI-Sendung) wieder zurücksenden muss.

Ich bin der Meinung, dass jeder Fünfer, den wir für Ihre Idee auslegen, verlorenes Geld ist, solange in Bern immer noch eine Bande von einigen Hundert Spionen, lies Corps Diplomat, aus der UdSSR und andern kommunistischen Ländern tätig ist. Zum Hinauswurf fehlt unserer Regierung leider der Mut. Ebenso zum strikten Verbot des Handels mit den roten Ländern.

Es ist schon so, je weiter einer die Leiter hinaufsteigt, sei es auf der politischen oder industriellen Ebene, um so mehr verliert er an Zivilcourage und wagt es seinem grössten Feind und Mörder nicht mehr auf die Füsse zu treten. H. F. in Unterägeri

«Solange die Regierung keine Unterführungen baut, werde ich z'leid nicht auf die Niveau-Uebergänge aufpassen», sagte ein Automobilist und raste in den fahrenden Zug hinein.

Die allzu einfache Sicht der Frage ist falsch. Das hiesse das Kind mit dem Bade ausschütten. Sollen wir denn überhaupt nichts tun, weil wir nicht alles tun können (resp. weil die andern nicht alles tun können)? Sollen wir die Polizei abschaffen, weil sie nicht ausnahmslos jeden Verbrecher dingfest machen kann? Ist diese Haltung nicht eher eine Entschuldigung für mangelnde Opferbereitschaft? Red. KB

Gebrauchsterminologie im Osten

Propagandisten

Publikumswerber

In jedem Betrieb, bzw. jeder Institution sind freiwillige «Publikumswerber» im Rahmen der Gewerkschaften tätig. Sie arbeiten mit den Abteilungen für kulturelle Arbeit der Bezirkskomitees der Gewerkschaften und mit den einzelnen Kinos, Theatern, Museen usw. zusammen. Ihre Aufgabe umfasst sowohl die geistige Pu-

blikumswerbung (inklusive Referate über die betreffenden Veranstaltungen) als auch den praktischen Billettverkauf. Vor allem werden die Werber für Veranstaltungen der KP eingesetzt, welche sonst unbesucht blieben. (In den Satellitenstaaten hat man besondere Mühe, für die sowjetischen Filme und Bühnenstücke genügend Zuschauer zu finden.) Der Besuch wird oft kollektiv organisiert.

Kulturverantwortliche

Freiwillige Gewerkschaftsfunktionäre für die Organisation von Vorträgen, Vorstellungen, feierlichen Veranstaltungen und dergleichen. Auch sie arbeiten nach zentralen Anweisungen und Plänen.

Volkserzieher

Freiwillige Parteifunktionäre, die Parteilos über Innen- und Aussenpolitik zu informieren haben. Man unterscheidet dabei: a) *Betriebserzieher*, vom Betriebs-Partei-Komitee rekrutiert. Als ständige Parteaufgabe ist ihnen die Aufklärung von einem bis zwei Parteilos zugewiesen.

b) *Territoriale Erzieher*. Sie werden vom Bezirks-Partei-Komitee beauftragt und verrichten eine gelegentliche Parteiarbeit. Sie suchen (gewöhnlich paarweise) die Werk-tätigen in der Freizeit (abends und sonntags) auf.

Beide Gruppen von Volkserziehern müssen den zuständigen KP-Komitees regelmässig Bericht erstatten und erhalten von ihnen auch fortlaufend die Gesprächsthemen zuge-teilt.

(Nächste Nummer Agitatoren, Lektoren, Inspektoren.)

Erziehung

Tschechoslowakei Russifizierung

Bis 1970 soll ein Grossteil der tschechoslowakischen Bevölkerung russisch lernen. Dieses Ziel nannte eine kürzlich in Ostrau abgehaltene Konferenz für Russisch-Kurse, die eine beträchtliche Erweiterung der bisherigen Lehrgänge beschloss.

Als Begründung steht in der Pressburger «Uj Szo» zu lesen: «Die Kenntnis der russischen Sprache ist zur Lösung der Wirtschaftsaufgaben und für die politische Erziehungsarbeit von grösster Bedeutung.» Comecon und Ideologie: In beiden Fällen wird völlige Unterordnung unter die Sowjetunion angestrebt. Die kommunistische Einheitssprache ist — unbeschadet aller «Garantien» für die Nationalitäten — das Russische.

Die sowjetische ideologische Literatur hat schon früher festgestellt, dass es in der Gesellschaft des Weltkommunismus eine gemeinsame Sprache geben wird. Es wurde nirgends angegeben, welcher Sprache diese Rolle zugedacht wird. Auch der im Sommer 1961 erlassene Entwurf des Programmes der KPdSU ziemlich wage Andeutungen auf die Aufhebung der «sprachlichen Unterschiede», die jedoch eine wesentliche längere Zeit fordere, als das Verschwinden der Klassenunterschiede (vgl. Teil 2, Kapitel 4). Die grossangelegten Aktionen in allen Volksdemokratien für die Aneignung der russischen Sprache lassen aber kaum einen Zweifel darüber, dass die gemeinsame Sprache der Zukunft das Russische sein soll.

Curriculum der Woche

DANQUAH, JOSEPH KWAME KYERETWI BOAKYE

Der verhaftete Oppositionsführer in Ghana. Geboren 1895 in Kwahu (östliche Goldküste). Mittelschulbesuch in Begoro, darnach Rechtsstudium in London, wo er 1927 das Anwaltspatent erhält. Gründet nach seiner Rückkehr 1930 die «Times» of West Africa, die bald zu einer führenden Zeitung wird. 1934 protestiert er als Sekretär einer Afrikaner Delegation in London beim Kolonialministerium gegen verschiedene Gesetzesvorlagen. Bleibt bis 1936 in London, wo er u. a. historische Studien betreibt und als erster dafür plädiert, dass der Goldküste wieder der alte Name Ghana gegeben werde. Wieder in Afrika, praktiziert er als Rechtsanwalt.

1937 bis 1947 Generalsekretär der «Gold Coast Youth Conference», die junge Intellektuelle vereinigt. 1947 zum Mitglied des Legislativrates gewählt. Im Herbst des gleichen Jahres gründet er die «United Gold Coast Convention» (UGCC), zu deren Generalsekretär er Nkrumah (Curriculum KB Nr. 12) berief, der ihm mit seinen radikaleren Ideen bald den Rang als massgebender Nationalistenführer abließ.

1949 gründet Nkrumah seine eigene Partei, die «Convention People's Party» (CPP), wogegen 1952 aus dem Restbestand der UGCC gegründet wird, zu deren Vorstand Dr. Danquah gehört. Kandidiert 1954 und 1956 ohne Erfolg für das Parlament. 1957, als das unabhängige Ghana ausgerufen wird, schliesst er sich der neugegründeten «United Party» an, die sich vor allem für die nun von Nkrumah deportierten und unterdrückten Oppositionellen einsetzt. 1960, bei der Umwandlung des Staates in eine präsidentiale Republik, ist er Gegenkandidat Nkrumahs für die Präsidentschaft, kommt aber auf nicht viel mehr als zehn Prozent der Stimmen.

Nkrumah, der sich aussenpolitisch gegenwärtig ganz dem Ostblock anzuschliessen im Begriffe ist, hat auf die Unruhen im eigenen Land (siehe KB Nrn. 35 und 37) mit der völligen Ausschaltung der Opposition geantwortet und damit den Weg der Diktatur beschritten. Ebenfalls eingekerkert wurden der Abgeordnete Joe Appiah und der Journalist Kwame Addu, Redaktor der oppositionellen Zeitung «As-hanti Pionier».

Alle diese Männer haben eine nationalistische Vergangenheit. Ihr «Fehler» war es, sich für eine demokratische Zukunft einzusetzen.

In der Slowakei allein, mit der sich die Konferenz insbesondere befasste, werden 50 000 Personen in 300 Kursen mit dem Russisch-Unterricht beginnen.

«Uj Szo», als Organ der ungarischen Minderheit in der CSSR, vermerkt anschliessend mit Bedauern, dass die Zahl der ungarischen Arbeiter, welche die Hauptsprache der Sowjetunion erlernten, zurückgegangen sei (von 7000 im Jahre 1953 auf eine nicht näher angegebene Zahl).

Unser Memo

Zwei Ereignisse der letzten Tage in Ländern der dritten Gruppe sind von Bedeutung und gewissermassen gegenläufig: Syrien und Ghana.

Das Ausbrechen Syriens aus der Vereinigten Arabischen Republik wirft einige interessante Fragen auf. Die Syrer haben das Selbstbestimmungsrecht erfolgreich angerufen, und das ist an sich auch im Zeitalter der Zusammenschlüsse eine begrüßenswerte Erscheinung. Echte und dauerhafte Bindungen — das wird durch diese Entwicklung einmal mehr bestätigt, sind nur unter Wahrung nationaler Eigenarten möglich.

Die abwartende Haltung der Sowjetunion und die begeisterte Zustimmung der syrischen Kommunisten deckt heute schon auf, dass der Krenl beabsichtigt, im allfälligen entstehenden Vakuum mit seiner Arbeit einzusetzen. Diese Absicht wird erleichtert, wenn eine Anerkennung Syriens durch die freie Welt verzögert wird.

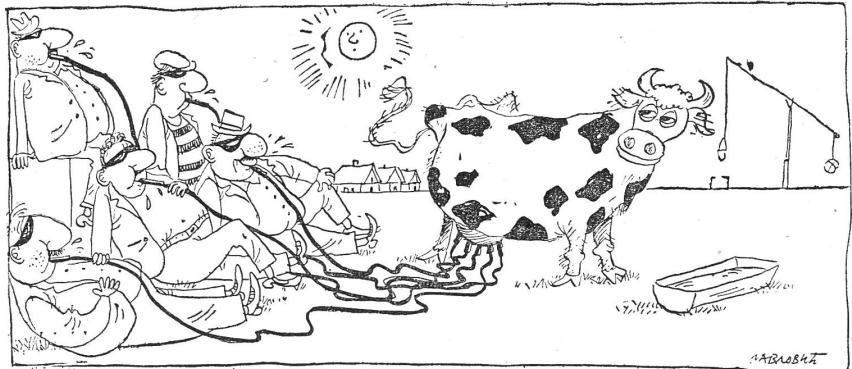
Wenn die Unabhängigkeit Syriens aber anerkannt wird, könnte vielleicht eine Verstimmung Nassers bewirken, dass er auch in seinem innenpolitischen Verhalten vermehrt auf die kommunistische Linie einschwenkt. Zur Rettung seines Prestiges sucht Nasser die Anerkennung Syriens zu hintertreiben und droht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Damit ruft er anscheinend die Hallstein-Doktrin an, nach welcher die Bundesrepublik die Anerkennung der Sowjetzone mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet. Dabei besteht ein so grundsätzlicher Unterschied, dass die Anerkennung Syriens nicht aus Rücksicht auf eine Belastung der Hallstein-Doktrin verzögert werden sollte. Mit der Sowjetzone ist zwangsweise ein Teil des deutschen Volkes abgespalten worden, während in Syrien ein Volk die Selbstbestimmung angerufen hat.

Sollte Damaskus sich der Herrschaft Kairo doch noch beugen müssen, würde Nassers Prestige mehrfach zurückgewinnen, was es jetzt eingebüsst hat. Als Folge würde seine Gefährlichkeit besorgniserregend ansteigen. Um diese Entwicklung zu verhindern, muss Syrien der Entwicklungsförderung teilhaftig bleiben, welches dem Lande als ägyptische Provinz versprochen worden ist. Sogar mehr, denn die freie Welt sollte jede Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht bejahen.

Die Unterdrückung dieses Rechtes, die Missachtung des Volkswillens, die Vernichtung der Freiheiten sollte andererseits bestraft werden. Auch im Falle Ghanas. Die Absetzung von einigen der fähigsten Minister durch Kwame Nkrumah ist besorgniserregend. Der ehemalige Finanzminister und später auf das Geleise des Gesundheitsministeriums abgeschobene Gbedemah war ein treuer Diener seines Volkes und Schlüsselfigur der CPP, solange der Parteiführer Nkrumah noch keine gefährlichen Ansätze eines Diktators aufwies. Tragisch aber ist die Verhaftung von Dr. Danquah, dem Führer der Oppositionspartei, dem ersten, echten und besten Kämpfer für Ghanas Unabhängigkeit. In Ghana herrscht heute eine Minorität durch die Mittel einer Diktatur.

Das Land gerät dadurch unweigerlich in den Sog der kommunistischen Bewegung. Unterdessen hat Moskau die neue syrische Regierung anerkannt, ein Zeichen dafür, dass Chruschtschew auf die dortige starke KP setzt. Die ostblockfreundlichen jugoslawischen Revisionisten und die verschiedenen Neutralisten allerdings, die bereits das «reaktionäre» Damaskus verurteilt haben, sehen sich dadurch desavouiert. Kairo ist übrigens noch in eine besondere Zwick-

mühle geraten: Konsequenterweise (siehe oben) müsste es nämlich seine Beziehungen zur Sowjetmacht abbrechen. Eine saure Reaktion wird das Vorgehen des Kremls in Peking hervorrufen: Tschiang Kai-schek hatte ja als einer der ersten die syrische Revolutionsregierung anerkannt. Hier und da zeigt es sich eben doch, dass die Ostblock-Aussenpolitik allein mit dem Kriegsgeschrei gegen den westlichen Imperialismus nicht auskommt.



Abgezapft

Dass Jugoslawien so gut wie die Sowjetunion und die andern kommunistischen Länder die Probleme der privaten Gewinnversuche aus den Gemeinschaftsgütern kennt, zeigt anschaulich das hier wiedergegebene Beispiel der Belgrader «Jez» (Diese satirische Zeitschrift erscheint in lateinischer und cyrillischer Schrift). Die Milch der «Gemeinschaftskuh» (gerade beim Viehbestand ist zwar der Anteil der privat geführten Nebengewirtschaften noch relativ gross) fliesst nicht etwa durch die vorgeschriebenen Kanäle der staatlichen Einkaufsgenossenschaften in die staatlichen Verkaufsstellen, sondern wird direkt für den privaten Bedarf der «Parasiten» und «Profiteure» abgezapft und aufgesaugt.

Die Schädlinge an der Volkswirtschaft entsprechen weitgehend der Vorstellung, die man sich von amerikanischen Gangstern macht. Immerhin wäre dazu zu bemerken, dass Verbrechen an der Kollektivwirtschaft definitionsgemäss nur dort vorkommen können, wo die Kollektivwirtschaft existiert.

Der Schnappschuss

Illustration zur kommunistischen Dialektik:

Die «Leipziger Volkszeitung» schreibt: «Der Friede muss bewaffnet sein. Das ist notwendig, um die Abrüstung zu erzwingen. Mit lieblich blühenden Alpenveilchen kann man die Militaristen nicht bändigen und in die Knie zwingen. Pazifisten haben noch nie einen Krieg verhindert. Ja, Pazifismus ist mörderischer Selbstbetrug und gefährliche Illusion.»

Im neuen Programmentwurf der KPdSU steht: «Alle Organisationen und Parteien die nach Abwendung des Krieges streben, alle neutralistischen und pazifistischen Bewegungen... werden bei der Sowjetunion Verständnis und Unterstützung finden.»

Zur Landwirtschaftskollektivierung in Ungarn soll folgender Witz zirkulieren: Parteifunktionär zum LPG-Bauern: «Morgen fährt sich die Gründung Ihres Kollektivs. Wollen Sie zur Feier des Tages nicht ein Paar Gänse schlachten?» — «Wieso? Die können doch nichts dafür»

Ein anderer Flüsterwitz feiert in Bulgarien seine makabre Auferstehung: «Ich arbeite viel lieber für die Kommunisten als für irgend jemand andern.» — «Und Ihre Arbeit...?» — «Ich bin Totengräber.»

Auch im neutralistischen Indien gibt es Stimmen, die den Imperialismus nach beiden Seiten zu lokalisieren wissen. So schrieb die Zeitung «Link»: «Das tapfere Ungarn leidet in stiller Not unter dem Stiefel des sowjetischen Imperialismus». Es berührt einigermaßen ironisch und seltsam, dass der ungarische Ministerpräsident anlässlich des kürzlichen Empfangs in Neu Delhi (im August) Indien der Unterstützung seines Landes bei den Bestrebungen versicherte, den portugiesischen Imperialismus vom indischen Territorium zu vertreiben. Bemerkenswerterweise enthielt sich der besuchende Ministerpräsident jeder Anspielung auf die chinesische Besetzung indischer Territoriums.»

80 000 der 100 000 ausländischen Touristen, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres Polen besuchten, kamen aus dem Westen. Die grössten Kontingente stellten die USA und Kanada (20 000), Frankreich (22 000) und die Bundesrepublik Deutschland (9000). Für die Besucher aus den «sozialistischen» Ländern galten folgende Zahlen: CSSR (11 000), Sowjetunion (4500) und Ungarn (3000).

Die Redaktion der «Zycie Warszawy» weiss alles. Auf eine Leserfrage, warum man in den Apotheken plötzlich kein «Diabetol» bekommen könne, wird geantwortet: «Weil daran jetzt Mangel herrscht.»